

Arbeitsgruppe Konjunktur

Article

Schwächung ohne Absturz: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2008

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Arbeitsgruppe Konjunktur (2008) : Schwächung ohne Absturz: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2008, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 35, Iss. 2, pp. 3-26,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.08-02-01>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156948>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schwächung ohne Absturz – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2008

Arbeitsgruppe Konjunktur*, April 2008

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird deutlich an Schwung verlieren. Eine Rezession kann allerdings ausgeschlossen werden. Im Jahr 2008 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent und im kommenden Jahr um 1,4 Prozent zulegen. Die schwächer tendierende Weltwirtschaft schlägt sich in einem geringeren Wachstum der deutschen Exporte und der Inlandsinvestitionen nieder. Die anhaltend hohe Inflation bremst die Konsumexpansion ab. Der private Verbrauch wird in den Jahren 2008 und 2009 gleichwohl von einer fortgesetzten Erholung am Arbeitsmarkt angetrieben. Die Arbeitslosigkeit sinkt im Jahresdurchschnitt 2009 auf 3,3 Millionen Personen, was einer Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent entspricht. Die Anzahl der Erwerbstätigen steigt – allerdings mit nachlassendem Tempo – auf fast 40,2 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2009 an. Wegen der nachlassenden Ausgabendisziplin werden die öffentlichen Haushalte in diesem wie im nächsten Jahr wieder ein Finanzierungsdefizit realisieren.

Tempo der Weltwirtschaft lässt spürbar nach

Im Frühjahr 2008 hat sich das weltwirtschaftliche Klima gegenüber der Jahresmitte 2007 abgeschwächt. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Krise in den USA zu sehen, die von vielen Seiten offensichtlich unterschätzt wurde. So gingen zahlreiche Marktbeobachter noch im Herbst 2007 davon aus, dass die Krise bis zum Jahresende ausgestanden sei. Vielmehr brachten die letzten Monate ständig neue schlechte Nachrichten, die die Märkte weiter verunsicherten und auch die Konjunkturstimmung erreichten. Die reale Weltwirtschaftsleistung wird sich in diesem Jahr deshalb nur um fast 4 Prozent erhöhen. Im nächsten Jahr sollte mit einer ähnlichen Größenordnung gerechnet werden. Damit reduziert sich die Wachstumsrate gegenüber der Herbstprognose 2007 um etwa 1 Prozentpunkt. Die Wachstumsraten der Weltwirtschaft sind damit zwar spürbar geringer als in den vergangenen Jahren. Dennoch kann nach wie vor von einem soliden globalen Wachstum gesprochen werden. Der reale Zuwachs der Weltwirtschaftsleistung belief sich im Jahresdurchschnitt in den neunziger Jahren auf nur 3,3 Prozent, und in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre

* Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer und Christoph Schröder.

wurde ein Zuwachs von 3,9 Prozent im Jahresdurchschnitt erreicht. Erst über die letzten sechs Jahre wurde im Durchschnitt die 4-Prozent-Marke überschritten.

Der reale Welthandel wird sich ebenfalls verlangsamen. In diesem Jahr wird er sich um 4 Prozent erhöhen und im nächsten Jahr um 5 Prozent. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ergibt sich damit eine deutlich niedrigere Zuwachsrate. Diese Entwicklung liegt daran, dass sich die Importzuwächse in den USA deutlich abschwächen, wodurch auch die Exportperformance der anderen Länder und des Welthandels insgesamt leidet.

Gefahr einer rezessiven Anpassung in den USA

In der größten Volkswirtschaft der Welt wird sich das Wachstum spürbar verlangsamen. Im vergangenen Jahr konnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um 2,2 Prozent zulegen. Hauptverantwortlich für das Wachstum war der Private Konsum, der einen realen Zuwachs von 2,9 Prozent verbuchen konnte und damit einen Wachstumsbeitrag von 2 Prozentpunkten lieferte. Die amerikanischen Verbraucher blieben auch im letzten Jahr die Stütze der US-Konjunktur. Eine wesentlich schwächere Entwicklung zeigte bereits die Investitionstätigkeit. So brachen die realen Bruttoanlageinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um fast 5 Prozent ein. Wesentlichen Einfluss auf dieses Ergebnis hatten vor allem die Bauinvestitionen, deren Wachstumsraten bereits seit Anfang 2006 teils deutlich negative Vorzeichen aufweisen. Seit Jahren erstmals positiv wirkte die Entwicklung des Außenbeitrags auf die US-Konjunktur. Während das Importwachstum mit 1,9 Prozent sich sehr stark verminderte, konnten die Exporte mit 8,1 Prozent kräftig zulegen. Im Zuge der US-Immobilien- und Finanzmarktkrise wird sich das Wachstum im Prognosezeitraum spürbar auf 1 Prozent in diesem und 1,2 Prozent im nächsten Jahr reduzieren (Tabelle 1).

Nachdem auf den US-Finanzmärkten im vergangenen Sommer zunächst nur einzelne Negativschlagzeilen bekannt wurden, sickerten in den darauffolgenden Monaten nach und nach weitere negative Meldungen durch. Dies verunsicherte die Märkte zusätzlich. Für die US-Konjunktur wird nun vor allem eine Rolle spielen, inwieweit die Auswirkungen des Finanzmarktes auf die Realwirtschaft durchschlagen werden. Den Privaten Konsum werden vor allem ein sich weiterhin anpassender Immobiliensektor, der das Vermögen der Haushalte und damit die Konsummöglichkeiten und Refinanzierungsmöglichkeiten schmälert, und die schwächere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt belasten. Dieser zeigte sich über die letzten Monate bereits in einer deutlich schlechteren Verfassung. So war die Beschäftigungsentwicklung seit Jahresbeginn 2008 negativ, und die Arbeitslosenquote lag im März 2008 bei 5,1 Prozent. Das waren 0,7 Prozentpunkte mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
Deutschland	2,5	1,7	1,4
Frankreich	1,9	1,5	1,6
Italien	1,5	0,8	1,0
Spanien	3,8	2,0	2,0
Niederlande	3,5	2,4	2,0
Belgien	2,7	1,7	1,8
Österreich	3,4	2,3	2,2
Griechenland	4,0	3,2	3,3
Irland	5,3	2,8	2,8
Finnland	4,4	2,9	2,8
Portugal	1,9	1,5	1,5
Luxemburg	5,4	3,5	3,5
Slowenien	6,1	4,2	4,4
Euroländer^{1) 2)}	2,6	1,7	1,7
USA	2,2	1,0	1,2
Japan	2,1	1,2	1,6
Vereinigtes Königreich	3,1	1,6	1,9
Kanada	2,7	1,5	2,2
Schweiz	3,1	2,0	2,0
Schweden	2,6	2,5	2,6
Norwegen	3,5	3,3	2,8
Dänemark	1,8	1,5	1,6
Industrieländer^{1) 3)}	2,3	1,2	1,5

1) Gewicht: BIP 2006. 2) Ohne Malta und Zypern. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA kommen für die US-Konjunktur zwei Szenarien in Betracht:

- **Szenario 1:** Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise bleiben mittelfristig bestehen und ziehen weitere Anpassungen auch im amerikanischen Realsektor nach sich. Ungleichge-

wichte, die über viele Jahre aufgebaut wurden, müssen schrittweise abgebaut werden. Die US-Konjunktur zeigt somit mittelfristig deutlich geringere Wachstumsraten.

- **Szenario 2:** Die weiteren negativen Auswirkungen der Krise bleiben überschaubar und sind innerhalb des ersten Halbjahres 2008 ausgestanden. Ab dem zweiten Halbjahr ergibt sich – auch gestützt durch die Geldpolitik – wieder ein spürbar steilerer Wachstumspfad. Im Jahr 2009 würde dann wieder eine deutlich höhere Wachstumsrate erzielt.

Zur gegenwärtigen Situation wird mit einem größeren Anpassungsbedarf gerechnet, der sich nicht kurzfristig innerhalb weniger Monate beheben lässt. Dies gilt deshalb, weil die Anpassungen und Auswirkungen auf die Realwirtschaft zeitverzögert erfolgen. Dies sollte vor allem bei der Geldpolitik sichtbar werden. Mitentscheidend wird sein, ob der Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten für neue Impulse sorgen kann und inwieweit das Vertrauen der Investoren und Unternehmen in einen gesunden Wachstumspfad zurückkehren wird. Zurzeit spricht mehr für das Szenario 1.

Asien weiter auf Wachstumskurs

Die wirtschaftliche Situation in Asien bleibt trotz der US-Krise relativ stabil. In Japan erholt sich die Wirtschaft zunehmend von den strukturellen Krisen des vergangenen Jahrzehnts. Inwieweit es der Regierung gelingt, den Reformkurs fortzusetzen, muss abgewartet werden. Insgesamt bleibt die japanische Wirtschaft nicht unberührt von der US-Krise, denn die USA stellen für Japan den wichtigsten Handelspartner dar. Im Jahr 2006 gingen fast 23 Prozent der japanischen Warenexporte in die USA. Durch den starken Rückgang der Importzuwächse der USA leiden auch die japanischen Unternehmen, was sich indirekt in einer moderateren Investitionstätigkeit niederschlägt. Hinzu kommen in diesem Jahr eine weitere Yen-Aufwertung und eine nachlassende Bautätigkeit. Insgesamt wird das reale BIP in Japan in diesem Jahr um 1,2 Prozent und im nächsten Jahr um 1,6 Prozent ansteigen.

Weiterhin auf Wachstumskurs bleiben die asiatischen Wachstumsmärkte China und Indien. Das Wirtschaftswachstum wird in China im Prognosezeitraum etwa 10 Prozent betragen, in Indien wird in den Jahren 2008 und 2009 mit einem Anstieg um 7,5 Prozent gerechnet.

Dämpfung, aber kein Einbruch in Europa

Die reale Wirtschaftsleistung wird sich in den Ländern der Eurozone (ohne Malta und Zypern) in diesem und im nächsten Jahr um 1,7 Prozent erhöhen. Damit kommt es trotz der Krise in den USA dort nicht zu einem konjunkturellen Einbruch. Die Eurozone hat bereits ihre eigene Wachstumsdynamik entwickelt und kann sich deshalb aus dem Sog der US-

Wirtschaft etwas befreien. Gleichwohl werden die schwächere Entwicklung der US-Importe und die Euro-Aufwertung, vor allem gegenüber dem US-Dollar, die europäischen Exportkonzerne belasten:

- Italien dürfte als drittgrößte Volkswirtschaft innerhalb der Eurozone die schwächste Wachstumsperformance zeigen. Das Land kämpft nach wie vor mit strukturellen Problemen und kann offensichtlich von dem weltweiten Wirtschaftsboom nicht ähnlich stark profitieren wie etwa die deutsche Wirtschaft.
- Deutlich moderater gegenüber den Vorjahren zeigen sich auch die Wachstumsspitzenreiter wie Irland, Luxemburg oder Spanien. Das Wachstum wird etwa 1,5 Prozentpunkte niedriger liegen als zuvor.
- In einer nach wie vor guten Situation befinden sich die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten sowie Russland. Das reale BIP dürfte sich in den Jahren 2008 und 2009 um über 6 Prozent erhöhen. Dabei profitiert Russland von dem Boom auf den Rohstoffmärkten und vor allem von dem hohen Ölpreis.
- Leichte Abschläge gegenüber der Prognose vom Herbst 2007 muss das Vereinigte Königreich hinnehmen. Hier wird sich die reale Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 1,6 Prozent und im nächsten Jahr um 1,9 Prozent erhöhen. Die negativen Auswirkungen der Immobilienkrise zeigen sich deutlich stärker als in vielen anderen Ländern der Europäischen Union.

Finanzkrise und Konjunktursorgen stecken sich gegenseitig an

Von August 2007 bis Ende des Jahres 2007 blieb die von den USA ausgehende Finanzmarktkrise vergleichsweise begrenzt. Der wichtigste deutsche Aktienindex Dax 30 hatte sich nach der Schwäche im Spätsommer wieder erholt und stand zum Jahresende bei über 8.000 Punkten. Auch der Volatilitätsindex VDax-New, der die erwartete Volatilität der Aktienkursentwicklung wiedergibt, fiel wieder unter 20 Prozent – also auf das Niveau vor der Krise. An den Kreditmärkten wurden die Kreditrisiken zwar relativ hoch eingeschätzt, aber der iTraxx Europa 5Y, der die Kosten der Ausfallversicherung von Unternehmensanleihen abbildet, lag Ende 2007 sogar etwas niedriger als zu Beginn der Krise. Mit dem Jahreswechsel stieg der iTraxx jedoch deutlich an, und Ende Januar war auch der deutsche Aktienmarkt massiv betroffen. Es gab im ersten Quartal 2008 vier Tage mit Tagesverlusten von mehr als 4 Prozent und bis Mitte März verlor der Dax 22 Prozent gegenüber dem Stand Ende 2007. Der Volatilitätsindex stieg von unter 20 auf über 30 und blieb bis Mitte März auf diesem Niveau. Der iTraxx Europa 5Y stieg von einem Indexwert von rund 60 auf 160, also auf das 2½-Fache. Auch am Geldmarkt gab es Anfang März wieder eine Verschärfung der Bedingungen. Der Euribor-Zinssatz für unbesicherte Interbankenkredite mit einer

Laufzeit von drei Monaten hatte Mitte März einen Abstand von 70 Basispunkten zum Leit-
zins. Diese Differenz ist damit rund 2½-mal so hoch wie im Durchschnitt vor der Krise.

Die Finanzkrise fand bisher in Schüben statt: Zunächst war und ist noch immer der Markt
für Verbriefungen und der Interbankenmarkt betroffen. Erst anschließend steckte sich der
ganze Finanzsektor an. Für diese Schübe gibt es zwei wesentliche Gründe:

1. **Multiplikatoren und Bewertungsprobleme:** Das Segment der zweitrangigen Kredite
ist für sich genommen zu klein, um die scharfen Anpassungen am Finanzmarkt zu er-
klären. Am Finanzmarkt wirken jedoch Multiplikatoren, die einen gegebenen Impuls
um ein Vielfaches vergrößern. Die niedrigeren Bewertungen bestimmter Assets erhö-
hen ceteris paribus den Hebel (Verschuldungsgrad) der Bankenbilanzen und damit das
Risiko (Value-at-Risk). Gerade in Abschwungphasen wollen Banken jedoch Risiken
vermeiden. Sie steuern den risikoerhöhenden Effekten entgegen, indem sie unter ande-
rem riskante Wertpapiere gegen sichere Wertpapiere substituieren. Dadurch sinken die
Preise relativ riskanter Wertpapiere, wodurch weitere Anpassungen in den Bilanzen nö-
tig sind (Adrian/Shin, 2008a und b). Die Banken haben ferner Hedge Fonds unter
Druck gesetzt, indem sie weniger als zuvor willens sind, die oft mit Verschuldung ein-
hergehenden Strategien der Hedge Fonds zu unterstützen. Zudem reagieren relativ klei-
ne Märkte besonders stark. Möglicherweise hat auch aus diesem Grund der deutsche
Aktienmarkt schärfere Anpassungen hinnehmen müssen als der amerikanische. Die
Märkte für bestimmte Wertpapiere sind nahezu komplett zusammengebrochen. Da-
durch versagt die Methode der marktorientierten Bewertung. Die Preise an den zusam-
mengebrochenen Märkten liefern nur unzuverlässige Informationen über die Funda-
mentalwerte der Assets. Auch die Bewertungen mit Modellen sind diskreditiert. Viele
Banken bewerten dementsprechend relativ konservativ, sodass sich erhebliche Bilanz-
anpassungen ergeben, die die beschriebenen Multiplikatoreffekte abermals anstoßen.
2. **US-Konjunkturaussichten:** Die nachhaltige Eintrübung der Konjunkturaussichten für
die Vereinigten Staaten und die verhaltenen Erwartungen hinsichtlich der Stärke des
globalen Wachstums stellen ein weiteres Problem dar. Durch sie verschlechtern sich
die Ertragsaussichten der Banken, und die Ausfallrisiken erhöhen sich. Die niedrigen
Aktienkurse reflektieren diese schlechteren Aussichten und das gestiegene Risiko.

Es ist davon auszugehen, dass die Finanzmärkte noch länger angespannt bleiben. Es gibt
zwar regelmäßig Lichtblicke – beispielsweise sind der iTraxx Europa 5Y und der VDax-
New unlängst deutlich gefallen –, bisher haben sich diese Erholungen aber nicht als nach-
haltig herausgestellt. Für die Konjunkturanalyse sind die folgenden Aspekte zu beachten:

- **Kreditstandards:** Zwar haben sich die Standards der Kreditvergabe vor kurzem etwas verschärft, aber es gibt bisher wenig Anlass zu der Befürchtung, dass deutsche Unternehmen dadurch nachhaltig in ihren Investitionsmöglichkeiten begrenzt sind. Allerdings besteht die Gefahr, dass Banken Bilanzanpassungen auch über die Kreditvergabe vornehmen. Solange die Ertragslage der deutschen Unternehmen positiv bleibt, haben die Banken jedoch keinen Anlass, bei der Kreditvergabe wesentlich vorsichtiger zu sein. Zudem können viele Unternehmen die Innenfinanzierungsmöglichkeiten nutzen.
- **Zinsen:** Die Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sind seit Beginn der Finanzkrise nicht gestiegen. Vielmehr hat die Aufwärtsbewegung, die vor der Krise beobachtet werden konnte, nachgelassen, oder sie wurde gestoppt. Das Gleiche kann man über die Zinsen für den privaten Wohnungsbau sagen. Es ist davon auszugehen, dass die Finanzierungskosten nicht oder allenfalls geringfügig steigen.
- **Geldpolitik:** Die hohe Inflationsrate und die immer noch relativ schnelle Geldmengenentwicklung hindern die Europäische Zentralbank (EZB) daran, die Zinsen zu senken. Die Spanne zwischen dem 1-Jahres-Euripo für besicherte Interbankenkredite mit einer Laufzeit von einem Jahr und dem 1-Monats-Euripo für die entsprechenden Kredite mit einer Laufzeit von einem Monat ist seit Mitte Januar 2008 negativ: Die Geldmärkte preisen also die Wahrscheinlichkeit einer Zinssenkung ein. Allerdings signalisieren die Swapsätze am Interbankenmarkt für die nächsten Monate eher keine Zinssenkung. Es wird davon ausgegangen, dass die EZB den Leitzins zunächst nicht senken wird. Dennoch ist wegen der makroökonomischen Risiken eine Zinssenkung im weiteren Prognosezeitraum wahrscheinlich.

Zusammenfassend wird in dieser Prognose unterstellt, dass die Finanzmarktkrise eher indirekt über die amerikanische Wirtschaft und über Stimmungen auf die deutsche Konjunktur wirkt. Die direkten Effekte werden als begrenzt eingeschätzt.

Robuster industrietragender Aufschwung in Deutschland

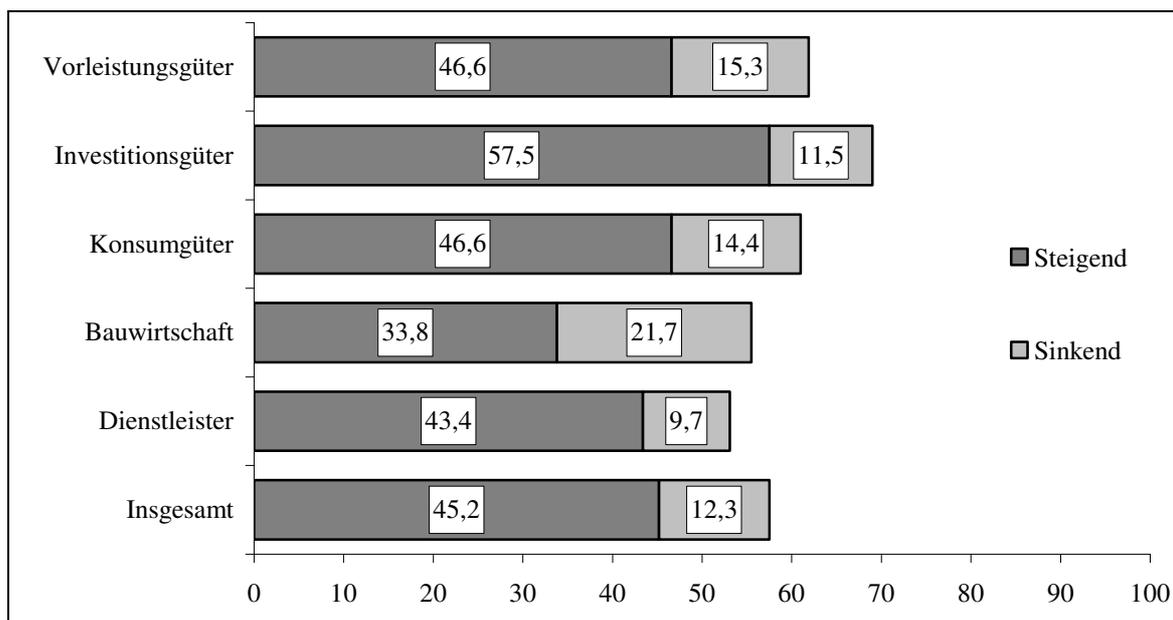
Das sektorale Profil des Aufschwungs in Deutschland hat sich im Jahr 2007 nicht geändert. Nach wie vor dominiert die Industrie die wirtschaftliche Lage. Die reale Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes legte im vergangenen Jahr um 6,3 Prozent zu. Das war nach dem Jahr 2000 (6,8 Prozent) der stärkste Anstieg seit 1991. Der Dienstleistungssektor, auf den zuletzt 69 Prozent der nominalen Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche entfielen, expandierte dagegen nur um 2 Prozent. Die Bauwirtschaft konnte beim Blick auf die reale Wertschöpfung im Jahr 2007 einen Zuwachs von ebenfalls 2 Prozent verbuchen. Nach dem kräftigen Anstieg im Jahr 2006 war dies das zweite Wachstumsjahr in Folge – ein Novum in der Entwicklung seit 1991.

Die vorliegenden Indikatoren für die Industrie signalisieren, dass sich zumindest beim Blick auf diesen Wirtschaftszweig bisher keine Gefährdungen zeigen: Die preisbereinigten Auftragseingänge der Industrie lagen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 9 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Bei der Industrieproduktion konnte im gleichen Zeitraum ein Plus von 8,9 Prozent erzielt werden. Die aktuelle IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2008 signalisiert, dass in allen Wirtschaftsbereichen die Optimisten überwiegen (Abbildung 1). Dabei weicht das Gesamtergebnis hinsichtlich der Produktionserwartungen für das Jahr 2008 kaum von dem der Herbstumfrage 2007 ab. Beim Blick auf die Entstehungsseite des BIP kann für dieses Jahr nach wie vor davon ausgegangen werden, dass alle Wirtschaftsbereiche zum Wachstum beitragen. Dabei wird die Industrie weiterhin die Dynamik maßgeblich bestimmen:

Abbildung 1

Produktionserwartungen der Unternehmen in Deutschland

Anteil der Unternehmen mit steigenden und sinkenden Produktionserwartungen für das Jahr 2008 in Prozent; Rest zu 100: gleichbleibende Erwartungen



Quelle: IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2008

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

- Vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern gehen 57,5 Prozent der Unternehmen von einer steigenden Produktion im Jahr 2008 aus, nur 11,5 Prozent dieser Firmen erwarten einen Rückgang. Auch die anderen Industriesparten zeichnen sich durch eine hohe Zuversicht für dieses Jahr aus. Mit fast 47 Prozent der Unternehmen, die von einer steigenden Produktion ausgehen, werden diejenigen Firmen mit rückläu-

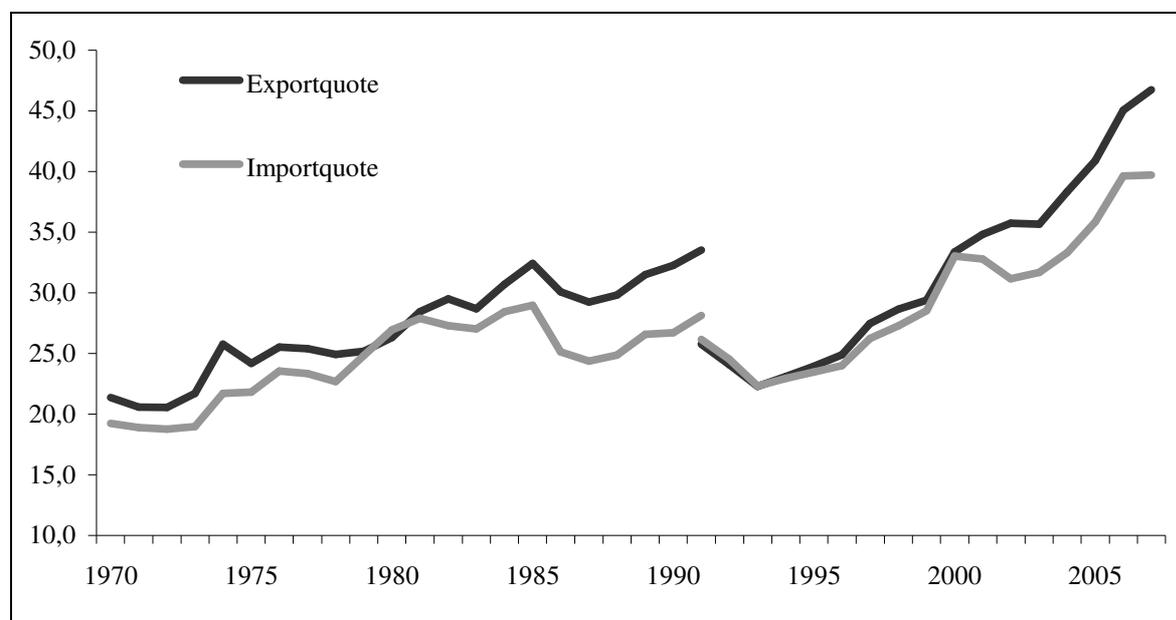
figen Produktionserwartungen um gut 30 Prozentpunkte übertroffen. Das liegt nur wenig unter dem Umfrageergebnis vom Herbst 2007.

- Auch in der deutschen Bauwirtschaft dominieren die Firmen, die eine steigende Produktion in diesem Jahr erwarten. Ein Drittel der Baufirmen erwartet ein Plus, dagegen rechnen 22 Prozent mit einem Rückgang. Die Ergebnisse in Ostdeutschland fallen allerdings deutlich schlechter aus als im Westen.
- Im Dienstleistungssektor übertreffen die optimistisch gestimmten Unternehmen um fast 34 Prozentpunkte die von einer rückläufigen Wirtschaftsleistung ausgehenden Firmen.

Abbildung 2

Export- und Importquote in Deutschland

Anteil der Exporte und Importe am nominalen BIP in Prozent; 1970 bis 1991 Westdeutschland; ab 1991 Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Keine Impulse vom Außenhandel

Das sektorale Entwicklungsprofil der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren kann zu einem hohen Maß mit der hervorragenden Exporttätigkeit der deutschen Industrie begründet werden. Seit 2003 sind die realen Warenausfuhren Deutschlands um insgesamt 44 Prozent angestiegen, die Gesamtexporte um 43 Prozent. Die Exportquote der deutschen Wirtschaft belief sich damit im vergangenen Jahr auf knapp 47 Prozent – das ist fast das Doppelte des Niveaus der frühen neunziger Jahre (Abbildung 2). Während die Exportquote im vergangenen Jahr weiter angestiegen ist, kam es bei der Importquote zu einer Seitwärtsbewegung. Aber auch sie war langfristig auf zuletzt fast 40 Prozent angestiegen, was insge-

samt als eine starke wechselseitige Einbindung der deutschen Unternehmen in die Weltwirtschaft interpretiert werden kann.

Während im Jahr 2007 der Außenbeitrag 1,6 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,5 Prozent beigetragen hat, wird für das laufende und das kommende Jahr von einer nahezu neutralen Position des Exportüberschusses ausgegangen. Die realen Exporte werden im Jahr 2008 um 4,2 Prozent und im Jahr 2009 um 3,5 Prozent expandieren. Auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2008 gehen 36 Prozent der deutschen Unternehmen von weiter steigenden Exporten aus. Nur knapp 10 Prozent erwarten das Gegenteil. Die Exporterwartungen sind weiterhin zuversichtlich, aber schwächer als in den vorhergehenden Umfragen. Die preisbereinigten Importe legen in diesem Jahr um 4,8 Prozent und im nächsten Jahr um 4 Prozent zu. Zum einen lässt das Expansionstempo des deutschen Außenhandels im Prognosezeitraum nach, und zum anderen wachsen die Importe etwas stärker als die Exporte. Diese Prognose basiert auf folgenden Annahmen:

1. Der reale Welthandel wird im Jahr 2008 um 4 Prozent und im Jahr 2009 um 5 Prozent zulegen. Damit fällt der Zuwachs beim globalen Gütertausch zunächst deutlich schwächer aus als in den vorhergehenden Boomjahren. Dies wird im Wesentlichen mit den negativen Auswirkungen der Finanzmarktprobleme auf die US-Konjunktur und die damit verbundenen Sekundäreffekte auf andere Volkswirtschaften erklärt. Dabei gilt es sicherlich zu berücksichtigen, dass sich das direkte deutsche Exportgeschäft mit den USA bereits im Jahr 2007 deutlich zurückgebildet hat. Dagegen war der Warenaustausch mit den europäischen Ländern eine wachsende Gegenkraft.

2. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird nachlassen:

- Der Euro bleibt im Vergleich zum US-Dollar wegen der Schwäche der US-Wirtschaft und der zunehmenden Zinsdifferenz zwischen dem Euroraum und den USA unter Aufwertungsdruck. Das wird das Exportgeschäft mengenmäßig belasten und den Importdruck erhöhen. Im Prognosezeitraum wird von einem Euro-Dollar-Wechselkurs in einer Bandbreite von 1,50 bis 1,60 US-Dollar je Euro ausgegangen.
- Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten steigen in Deutschland wieder an. Die bisherigen Lohnabschlüsse tragen dazu bei, dass die Arbeitskosten zumindest im Jahr 2008 wieder stärker zulegen als die Produktivität. Letztere wird gleichwohl das durchschnittliche Wachstumsniveau der letzten Jahre erreichen. Hinzu kommen höhere Produktionskosten infolge der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise.

3. Die im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren schwächeren Exportzuwächse müssen auch vor dem Hintergrund der bestehenden Kapazitätsprobleme im exportstarken Industriebereich gesehen werden. Die hohe Kapazitätsauslastung und andere angebotsseitigen Engpässe – wie fehlende Fachkräfte – erlauben den Firmen keine beliebig hohen Zuwächse. Stellenweise konnte bisher die Nachfrage nicht adäquat bedient werden.

Investitionen brechen nicht ein

Mit Blick auf die Ausrüstungsinvestitionen war der im Jahr 2004 in Gang gekommene Investitionszyklus im Jahr 2007 durchgehend intakt (Abbildung 3). Das zeigten zum Beispiel auch die Konjunkturumfragen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) frühzeitig an (Hüther, 2008). Die realen Ausrüstungsinvestitionen übertrafen im vergangenen Jahr den Vorjahreswert um 8,2 Prozent. Unter Berücksichtigung des schwachen Zuwachses im Jahr 2003 war dies immerhin das fünfte Expansionsjahr in Folge. Auch für den weiteren Prognosezeitraum bis Ende 2009 wird davon ausgegangen, dass sich die Kapitalbildung in Deutschland ununterbrochen fortsetzen wird. Allerdings fallen die Zuwächse in diesem Jahr mit 3,8 Prozent und im Jahr 2009 mit 3 Prozent schwächer aus als bisher. Im Vergleich zum Herbst 2007 hat sich gemäß der aktuellen IW-Konjunkturumfrage der Anteil der Unternehmen in Deutschland, die von steigenden Investitionen in diesem Jahr ausgehen, nur von gut 39 auf knapp 37 Prozent vermindert. Der Anteil der Firmen mit rückläufigen Investitionsplänen im Jahr 2008 ist von knapp 16 auf 17,5 Prozent angestiegen. Demnach gehen 45 Prozent der deutschen Betriebe von einem gleichbleibenden Investitionsbudget in diesem Jahr aus.

Das preisbereinigte Investitionsvolumen im Jahr 2009 wird damit um fast 40 Prozent über dem Niveau des Jahres 2003 liegen. Die weiterhin zunehmende Investitionstätigkeit in Deutschland wird – unabhängig von einer leichten Dämpfung infolge der geänderten Abschreibungsbedingungen für mobile Anlagegüter – mit folgenden Argumenten begründet:

1. Die Kapazitäten – vor allem der exportstarken Industriebranchen – sind weiterhin in einem hohen Maß ausgelastet. Im Metall- und Elektrobereich wurden die Produktionskapazitäten zuletzt so stark beansprucht wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung. Diese Produktionsrestriktionen werden in diesem wie auch im kommenden Jahr die Investitionspläne der Unternehmen bestimmen. Auf Basis der ifo-Investitionerhebung (Weichselberger, 2008) wird auch im Jahr 2008 die Erweiterung der Kapazitäten das dominierende Investitionsmotiv sein. An zweiter Stelle werden Ersatzinvestitionen genannt. Zusammen erklären diese beiden Motive drei Fünftel der Investitionen. Mit einer leichten Verbesserung der globalen

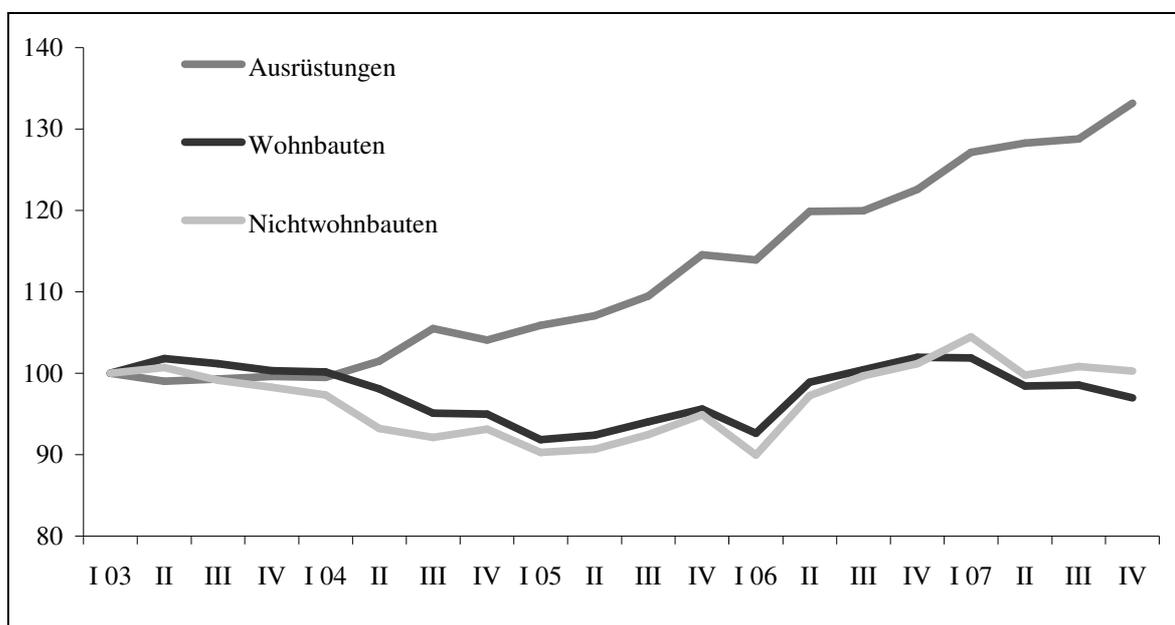
Wirtschaftsperspektiven im Jahr 2009 wird sich die Investitionstätigkeit hierzulande verstetigen – wenngleich ohne außerordentlichen Schwung.

2. Die Finanzierungsbedingungen für Investitionen werden in Deutschland von den Finanzmarktproblemen nicht in einem großen Ausmaß beeinträchtigt. Denn aus realwirtschaftlicher Perspektive ist die deutsche Wirtschaft vergleichsweise gut aufgestellt. Die investitionsrelevanten Zinsen werden nur moderat ansteigen. Die Gewinnentwicklung in letzter Zeit hat die Eigenfinanzierungskraft der Firmen gestärkt. Dies wird auch weiterhin positiv auf die Fremdfinanzierungskanäle hierzulande ausstrahlen. Eine Kreditklemme, die das bereits bestehende Kapazitätsproblem vieler Unternehmen verschärfen würde, kann für den Prognosezeitraum ausgeschlossen werden. Allerdings gilt es, im Blick zu behalten, dass sich infolge der globalen Abschwächung die mit dem Auslandsgeschäft verbundene Gewinndynamik abschwächen dürfte.

Abbildung 3

Investitionstätigkeit in Deutschland

Entwicklung der preis- und saisonbereinigten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen;
Index 1. Quartal 2003 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Dynamik am Bau lässt nach

Die Bauinvestitionen konnten im Jahr 2007 den Erholungsprozess des Jahres 2006 nicht durchhalten (Abbildung 3). Im zweiten und im vierten Quartal 2007 haben sowohl die Wohnbauten als auch die Nichtwohnbauten im Vergleich zum Vorquartal an Dynamik ein-

gebüßt. Trotz dieser Verschlechterung im Jahresverlauf konnte das Vorjahresergebnis insgesamt gesehen in preisbereinigter Betrachtung noch um 2,3 Prozent übertroffen werden. Die Bauinvestitionen gehen damit allerdings mit einem Unterhang von gut 1½ Prozent in das Jahr 2008. Vor diesem Hintergrund ist beim Wachstum der realen Bauinvestitionen im Gesamtjahr 2008 mit Blick auf die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr nicht allzu viel zu erwarten. Um die hier prognostizierte Wachstumsrate von knapp 0,5 Prozent beim Vergleich des Jahresdurchschnitts 2008 mit 2007 zu erreichen, muss im Verlauf dieses Jahres ein Plus von rund 3 Prozent erzielt werden (viertes Quartal 2008 gegenüber viertes Quartal 2007 auf Basis preis- und saisonbereinigter Werte). Für das kommende Jahr ergibt sich vor dem Hintergrund des im Jahr 2008 entstandenen Überhangs ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs von 1,5 Prozent. Dieser Perspektive liegen folgende Entwicklungen in den einzelnen Bausparten zugrunde:

1. Bei den Wohnungsbauinvestitionen werden insgesamt keine Zuwächse erwartet. Dabei wird das Modernisierungs- und Renovierungsgeschäft im Bestand die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmen. Die Entwicklung in diesem Jahr wird im Wesentlichen von der Arbeitsmarkterholung und der damit einhergehenden gesamtwirtschaftlichen Einkommensdynamik getragen.

2. Der Wirtschaftsbau wird in diesem Jahr im Gefolge der anhaltenden Investitionstätigkeit der Unternehmen wachsen. Nach einem Zuwachs von 5,6 Prozent bei den realen Auftragseingängen in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Jahr 2007 konnte der Bereich Wirtschaftsbau im Januar im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von gut 20 Prozent realisieren. Das insgesamt ruhiger werdende Investitionsklima dürfte zeitverzögert aber auch den Wirtschaftsbau erreichen.

3. Beim öffentlichen Bau ist eine Verstetigung der Bautätigkeit zu erwarten. Das signalisieren jedenfalls die bisher vorliegenden Informationen zum Auftragseingang. Die bessere Finanzlage der Kommunen und der erhebliche Modernisierungsbedarf sorgen im öffentlichen Bereich für zunehmende Bauinvestitionen. Gleichwohl bleibt abzuwarten, wie sich die steigenden Personalausgaben auf die kommunalen Investitionsbudgets auswirken – bisher wurde bei finanziellen Engpässen oftmals hier der Rotstift angesetzt.

Inflation belastet den Konsum

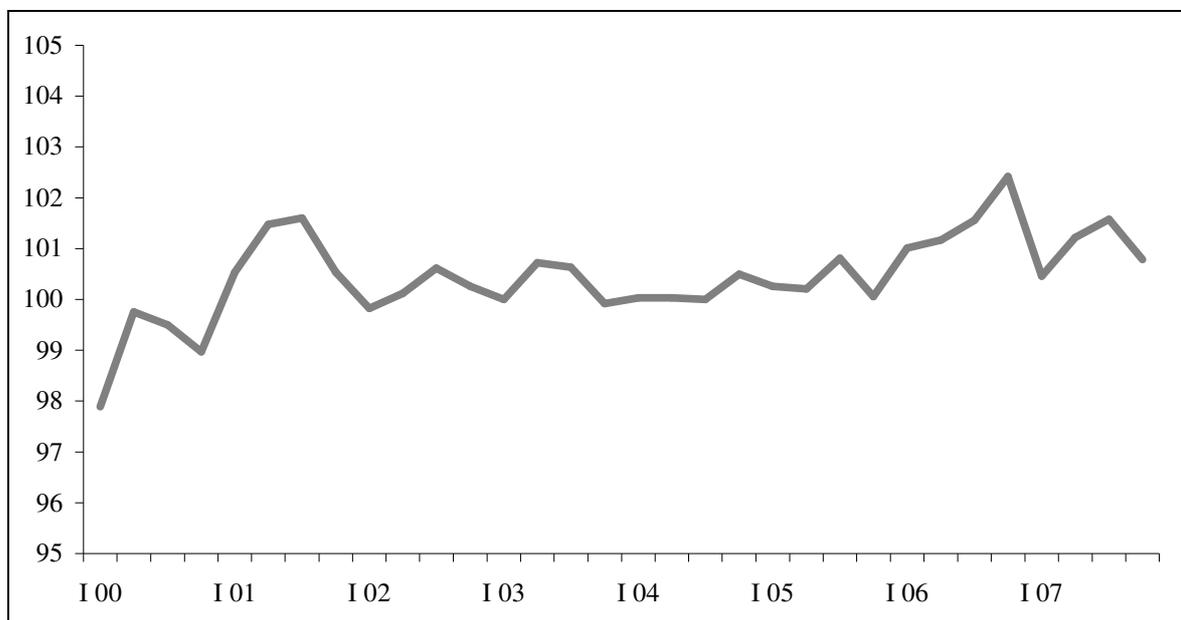
Die seit 2001 in Deutschland zu beobachtende Konsumschwäche hat sich – nach kurzzeitiger Verbesserung im Jahr 2006 – im vergangenen Jahr fortgesetzt (Abbildung 4). Die Konsumausgaben der Privaten Haushalte lagen 2007 um 0,4 Prozent unter dem Vorjahresni-

veau. Ein solcher Konsumeinbruch wurde vor dem Hintergrund der ansonsten sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung – vor allem mit Blick auf den Arbeitsmarkt – nicht erwartet. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007, die anhaltend hohen und steigenden Energiepreise sowie die im Jahr 2007 deutlich zugelegten Nahrungsmittelpreise haben einer Erholung der realen Konsumausgaben keinen Raum gelassen. Ein Blick auf den preis- und saisonbereinigten Verlauf der Privaten Konsumausgaben zeigt, dass die schlechte Jahresbilanz nicht nur auf den Einbruch im ersten Quartal 2007 zurückzuführen war. Auch im Schlussquartal 2007 war ein merklicher Rückgang zu beobachten. Dennoch ging auch der Private Konsum mit einem leichten Unterhang in das Jahr 2008. Um die hier prognostizierte Jahreswachstumsrate von 1,4 Prozent zu erreichen, müssen die realen Konsumausgaben im Jahr 2008 pro Quartal im Durchschnitt um 1 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen. Bei einer im Zeitablauf abnehmenden Dynamik werden dann die realen Konsumausgaben der Privaten Haushalte im Jahr 2009 im Vorjahresvergleich insgesamt nur noch um 1 Prozent zulegen. Folgende Annahmen liegen dieser Konsumprognose zugrunde:

Abbildung 4

Privater Konsum in Deutschland

Entwicklung der preis- und saisonbereinigten Konsumausgaben der Privaten Haushalte;
Index 1. Quartal 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

1. Die Arbeitsmarktentwicklung und die damit verbundene Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Einkommens werden vor allem im Jahr 2008 für eine markante Dynamik sorgen. Hinzu kommt, dass die bisherigen Lohnerhöhungen das verfügbare Einkommen derzeit noch positiv beeinflussen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob stellenweise bereits Grenzen

überschritten wurden. In diesem Fall werden die weitere Arbeitsmarkt- und gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung unter den teils überzogenen Lohnabschlüssen leiden. Für den weiteren Prognosezeitraum bis Ende 2009 werden keine wesentlichen Entlastungen oder Belastungen bei Steuern und Abgaben erwartet, sodass sich die Brutto- und die Nettoentwicklung entsprechen. Die erwartete Erhöhung des Kindergeldes im nächsten Jahr wird die Transfereinkommen der Privaten Haushalte erhöhen.

2. Die Sparquote der Privaten Haushalte ist im vergangenen Jahr wieder merklich angestiegen. Nachdem sie sich in den drei vorhergehenden Jahren bei rund 10,5 Prozent bewegt hat, belief sich das Sparen im Jahr 2007 auf 10,9 Prozent des Verfügbaren Einkommens der Privaten Haushalte. Offensichtlich haben die Haushalte den Teil ihres Sparvermögens wieder aufgebaut, den sie im Jahr 2006 zur Finanzierung der vorgezogenen Käufe herangezogen hatten. Außerdem fielen die Konsumausgaben im vierten Quartal 2007 niedriger aus, weil die Selbstständigenhaushalte wegen der veränderten Abschreibungsbedingungen für mobile Anlagegüter mehr investiert haben. Dies schlägt sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in Form höherer Ersparnisse der Privaten Haushalte nieder. Der Zuwachs bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte wird in diesem wie im kommenden Jahr nicht mehr an die Entwicklung der vorhergehenden Jahre anknüpfen können. Hier zeigen sich die Auswirkungen der Finanzmarktprobleme, die sich in einer schwächeren Gewinnentwicklung bei den Unternehmen niederschlagen werden.

3. Die Konsumkonjunktur hat trotz der immensen Arbeitsmarktdynamik bisher stark unter dem Einfluss der höheren Inflation gelitten. Es kommen mehrere Faktoren zum Tragen: zum einen die um 3 Prozentpunkte höhere Mehrwertsteuer im vergangenen Jahr, zum anderen die anhaltend kräftigen Preisanstiege bei der Energie (4 Prozent im Jahr 2007). Des Weiteren waren kräftige Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln zu verkraften. Nahrungsmittel verteuerten sich im Jahr 2007 insgesamt um fast 4 Prozent. Der zunehmende Wohlstand in den Schwellenländern hat die globale Nachfrage nach Nahrungsmitteln kräftig angetrieben und damit auch die Preise. Die Entwicklung bei den Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen wird sich möglicherweise im Gefolge einer schwächer tendierenden Weltwirtschaft nicht in dieser Weise fortsetzen. Nennenswerte Entlastungen sind gleichwohl auch nicht zu erwarten. Für den Betrachtungszeitraum wird von einem Rohölpreis von 90 bis 100 US-Dollar je Barrel ausgegangen. Vor diesem Hintergrund wird auch die Inflationsrate in Deutschland vergleichsweise hoch bleiben. Für das Jahr 2008 wird von einer Teuerung in Höhe von 2,5 Prozent ausgegangen. Erst im kommenden Jahr wird sich der Verbraucherpreisanstieg wieder unterhalb der 2-Prozent-Marke bewegen.

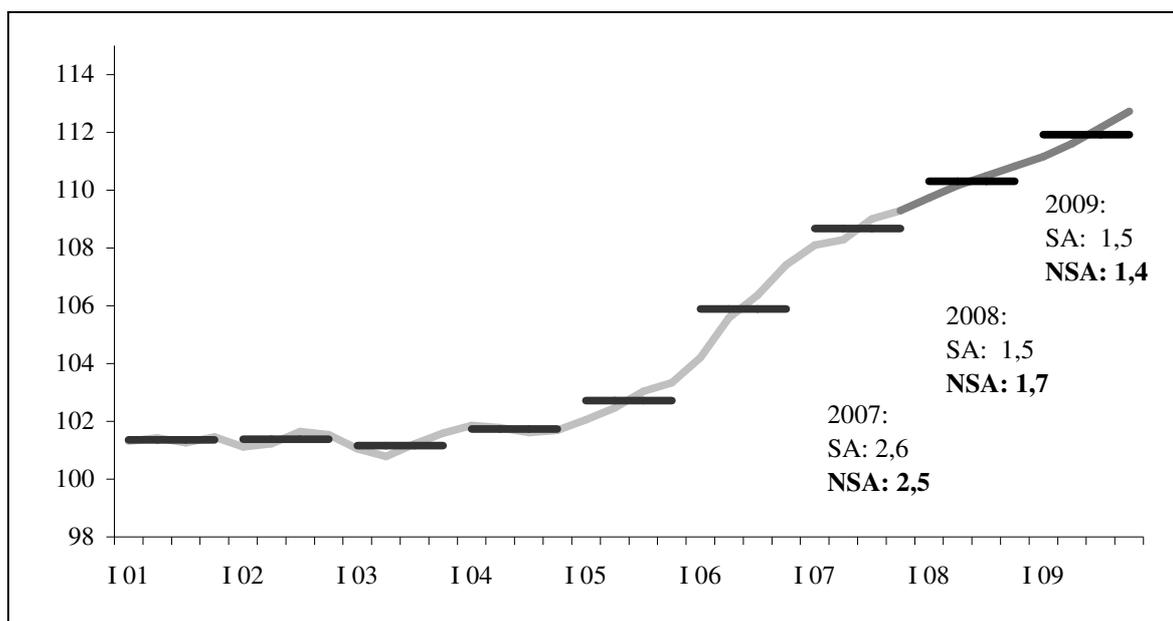
Verhaltene Aussichten für 2008 und 2009

Die Erwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2008 können als anhaltend gut bezeichnet werden. Gemäß der Frühjahrsumfrage des IW Köln gehen gut 45 Prozent aller befragten Unternehmen von einer steigenden Produktion in diesem Jahr aus. Nur gut 12 Prozent erwarten dagegen einen Rückgang. Damit fallen die Unternehmenserwartungen nur geringfügig schlechter aus als im Herbst 2007. Die Prognose für das Jahr 2008 muss vor diesem Hintergrund eigentlich nicht nennenswert revidiert werden. Im Rahmen der Zusatzfrage wurden die Unternehmen um eine Antwort dazu gebeten, ob sie aus Sicht ihres Unternehmens davon ausgehen, dass die konjunkturelle Aufwärtsbewegung auch im Jahr 2009 abgeschwächt anhalten wird. Auf Basis der ungewichteten Ergebnisse gehen 46 Prozent der Firmen von einer Fortsetzung des Aufschwungs aus, 54 Prozent erwarten das Gegenteil. Anhand der gewichteten Ergebnisse ergeben sich zwei gleich starke Gruppen.

Abbildung 5

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den einzelnen Nachfrageaggregaten und den Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der sektoralen Entwicklung wird Deutschland im Jahr 2008 auf Wachstumskurs bleiben. Auch für das Jahr 2009 wird von einer weiteren Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft ausgegangen. Das reale BIP wird im Jahr 2008 um 1,7 Prozent zulegen. Dabei ist berücksichtigt, dass in diesem Jahr insgesamt

2,7 Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als im Vorjahr. Im Gefolge der weltwirtschaftlichen Beruhigung und der schwächeren inländischen Gangart wird die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 nur noch um 1,4 Prozent wachsen. Die Anzahl der Arbeitstage bleibt gegenüber 2008 stabil. Eine Rezession wird somit derzeit für Deutschland im Prognosezeitraum ausgeschlossen (Abbildung 5).

Die erwartete Wachstumsperformance muss als sehr verhalten bezeichnet werden. Mehr als die durchschnittliche Dynamik im Zeitraum 1995 bis 2007 wird im Prognosezeitraum nicht erreicht. Dies deckt sich zugleich mehr oder weniger mit der Entwicklung des Produktionspotenzials hierzulande (Grömling/Plünnecke/Scharnagel, 2007). Die vor allem in den Jahren 2004 bis 2007 zu beobachtende Erholung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten kommt im weiteren Prognosezeitraum nicht voran. Die nachlassende Dynamik bei der Investitionstätigkeit, die im Weiteren noch dargestellten nachlassenden Impulse vom Arbeitsmarkt und der staatlichen Haushaltslage begrenzen die Expansionsmöglichkeiten. Hinzu kommen Kapazitätsengpässe beim Humankapital (Koppel, 2008).

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Das Jahr 2007 war eines der erfolgreichsten in der Geschichte des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. Die Erwerbstätigkeit stieg um knapp 650.000 Personen oder 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Lediglich im Jahr 2000 war der Zuwachs mit 720.000 Personen oder 1,9 Prozent höher. Für den konjunkturellen Kontext ist bedeutsam, dass im letzten Jahr auch das Arbeitsvolumen um 1,7 Prozent zunahm – der beste Wert seit der Wiedervereinigung. Unterstrichen wird dieser Befund durch die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese lag im September 2007 um 557.000 Personen höher als im Vorjahr. Davon waren je die Hälfte Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte. Für die aktuellen Beschäftigtenzahlen liegt noch keine Differenzierung in Vollzeit- und Teilzeitstellen vor. Der Beschäftigungsgewinn im Jahr 2000 betrug dagegen nur 343.000 Personen – und davon waren nur ein Viertel Vollzeitbeschäftigte und drei Viertel Teilzeitbeschäftigte. Es entsteht mithin eine große Anzahl neuer, regulärer Arbeitsplätze. Spiegelbildlich nahm die Anzahl der Arbeitslosen deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt sank ihre Anzahl um 711.000 Personen oder 15,8 Prozent. Dies ist mit großem Abstand der stärkste Rückgang seit 1991 (Abbildung 6). Das Niveau der Arbeitslosigkeit fiel mit knapp 3,8 Millionen Personen auf den niedrigsten Stand seit 1995.

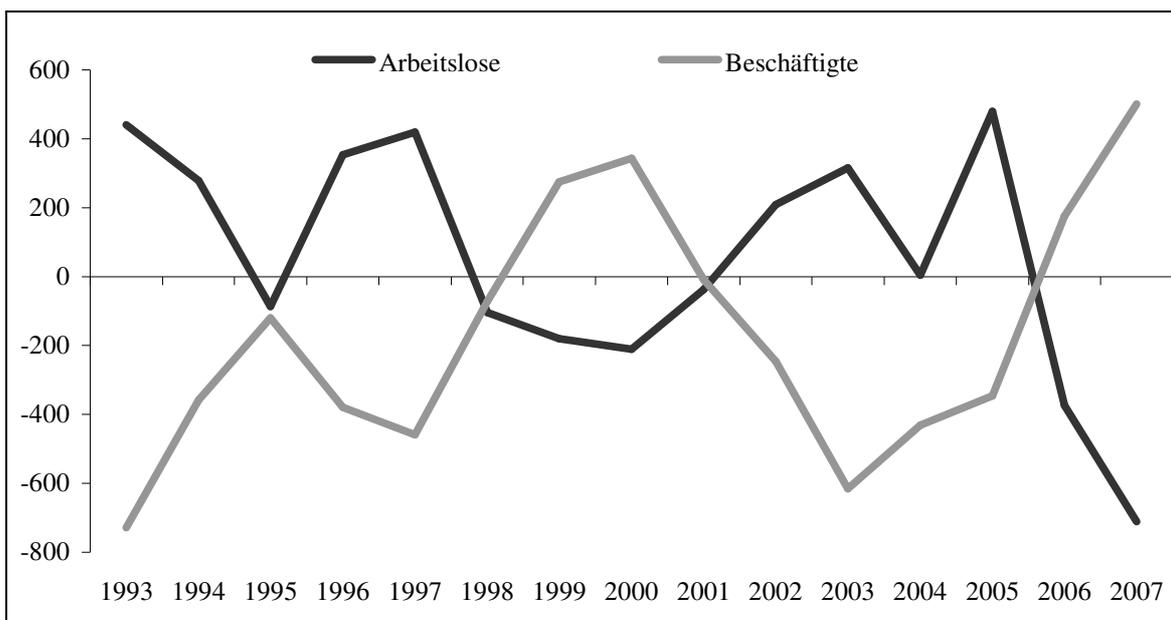
Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist bemerkenswert. Noch vor gut drei Jahren hatte die Anzahl der Arbeitslosen gerade erst die Marke von 5 Millionen überschritten – wenn hierfür auch vorwiegend statistische Gründe ausschlaggebend waren. In dieser Phase wurden

mitunter sogar Vergleiche mit der Lage in der Weimarer Republik angestellt. Von besonderem Interesse ist vor diesem Hintergrund die Frage nach den Gründen für die rapide Verbesserung in den Jahren 2006 und 2007. Ein ausschlaggebender Faktor bestand zweifellos in den konjunkturellen Impulsen. Doch ein Vergleich mit dem letzten Aufschwung in den Jahren 1999 bis 2000 zeigt, dass diese Erklärung nicht ausreicht. So war das kumulierte Wachstum des BIP in den Jahren 1999 und 2000 mit 5,3 Prozent nahezu gleich hoch wie in den Jahren 2006 und 2007 (5,4 Prozent). Auf den ersten Blick war der Aufschwung zu Beginn des Jahrzehnts beschäftigungsintensiver, denn die Erwerbstätigkeit stieg um 3,2 Prozent gegenüber 2,3 Prozent am aktuellen Rand. Doch auf den zweiten Blick kehrt sich der Befund um: Der jüngste Aufschwung ist weitaus stärker von einem Zuwachs von Vollzeitbeschäftigung gekennzeichnet, während vor acht Jahren die geringfügige Beschäftigung dominierte. Im Juni 2000 war die Anzahl der im Haupterwerb geringfügig Beschäftigten rund 400.000 Personen höher als im Vorjahresmonat. Im Juni 2007 dagegen war die Anzahl der Mini-Job-Beschäftigten binnen zwölf Monaten nur um 30.000 Personen gestiegen. In der Folge konnte im Zeitraum 2006 bis 2007 ein Zuwachs des Arbeitsvolumens um 2,2 Prozent realisiert werden. In den Jahren 1999 und 2000 war es mit 1,2 Prozent nur etwa halb so viel. Bezogen auf die geleistete Stundenzahl, ist der gegenwärtige Aufschwung mit hin deutlich beschäftigungsintensiver.

Abbildung 6

Arbeitslose und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Deutschland; Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000 Personen



Arbeitslose: Jahresdurchschnitt; Beschäftigte: Juni-Wert.
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Außer dem positiven Einfluss des konjunkturellen Umfelds konnten einige strukturelle Fortschritte erzielt werden, die die verbesserte Beschäftigungsperformance teilweise erklären können. Eine Verbesserung wurde zum Beispiel durch die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von bis zu 32 auf maximal 18 Monate erreicht. Dadurch erhöhte sich besonders für Ältere der Anreiz, nach einer neuen Beschäftigung zu suchen, statt den gleitenden Übergang in die Altersrente anzustreben. Für einen positiven Effekt dieser Strukturreform spricht, dass die Anzahl der älteren Arbeitslosen schneller sinkt als die jüngerer Altersgruppen. Im März 2008 war die Anzahl der Arbeitslosen über 54 Jahren um 20,4 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Die Anzahl der Arbeitslosen unter 55 Jahren dagegen sank nur um 14,4 Prozent. Bedenklich erscheint vor diesem Hintergrund, dass mit Wirkung zum Jahresbeginn 2008 die Bezugsdauer wieder auf maximal 24 Monate angehoben wurde.

Auch an anderer Stelle wird die Aufhebung von bereits erfolgten Reformschritten diskutiert, zum Beispiel bei der Zeitarbeit, wo die Gewerkschaften umfangreiche Regulierungen fordern. Zudem lassen die Ausweitung von teuren Programmen zur öffentlich geförderten Beschäftigung, die Ausweitung sozialer Transferleistungen, die Umleitung von Geldern aus der Arbeitslosenversicherung in den Bundeshaushalt, die Mindestlohndiskussion und die Diskussion um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens Zweifel aufkommen, ob in den kommenden Jahren nennenswerte Strukturreformen zu erwarten sind. Eher ist zu befürchten, dass bereits erfolgte Reformen zurückgenommen werden oder neue ordnungspolitisch problematische Entscheidungen getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der teilweise über den Rahmen des Produktivitätsanstiegs hinausgehenden zuletzt abgeschlossenen Tarifrunden spricht wenig dafür, dass der Arbeitsmarkt in den Jahren 2008 und 2009 aus eigener Kraft für einen neuen Wachstumsimpuls sorgen kann. Gleichwohl profitiert der Arbeitsmarkt auch in den kommenden Jahren von der konjunkturellen Aufwärtsdynamik. In diesem Jahr besteht zudem aufgrund der dynamischen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2007 bezüglich der Erwerbstätigkeit ein positiver Überhangeffekt in der Größenordnung von einem halben Prozentpunkt. Insgesamt nimmt die Erwerbstätigkeit in diesem Jahr um 0,7 Prozent oder knapp 300.000 Personen zu (Tabelle 2). Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird sich auf dem gleichen Niveau bewegen. Aufgrund eines Kalendereffekts und dem steigenden Anteil von Vollzeitbeschäftigung bei den neu entstandenen Arbeitsplätzen steigt die durchschnittliche Arbeitszeit um 0,2 Prozent. Daraus ergibt sich ein Wachstumsbeitrag des Arbeitsmarktes von knapp 1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2008 erneut deutlich zurückgehen und im Herbst möglicherweise die Marke von 3 Millionen unterschreiten.

Im Jahresdurchschnitt sind knapp 3,4 Millionen Arbeitslose zu erwarten. Eine Rolle spielt dabei auch der demografische Effekt, demzufolge das Arbeitskräfteangebot um 125.000 Personen schrumpft (Bach et al., 2008, 10).

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2007	2008	2009	2008	2009
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	39.737	40.030	40.150	0,7	0,3
Arbeitszeit (in Stunden)	1.433,0	1.435,9	1.437,3	0,2	0,1
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	56,94	57,48	57,71	0,9	0,4
Reales BIP	–	–	–	1,7	1,4
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	–	1,0	1,1
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	–	0,8	1,0
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	3.609	3.300	3.220	–8,6	–2,4
Erwerbslosenquote (in Prozent)	8,3	7,6	7,4	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	3.776	3.390	3.300	–10,2	–2,7
Arbeitslosenquote (in Prozent)	8,7	7,8	7,6	–	–

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Im Jahr 2009 wird sich die Abschwächung des Wachstums verstärkt am Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Erwerbstätigkeit nimmt nur noch um gut 100.000 Personen zu. Da zudem kein nennenswerter Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit zu erwarten ist, wird der Wachstumsbeitrag des Arbeitsmarktes deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Eine Trendwende der im Kern positiven Entwicklung ist dennoch nicht in Sicht. Zwar schwächt sich das Wachstum der Anzahl der Erwerbstätigen ab, und der Rückgang der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich. Dennoch hat sich die Lage insgesamt gesehen verbessert. Die Arbeitslosigkeit beläuft sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf 3,3 Millionen Personen. Befürchtungen bezüglich einer unmittelbaren Rückkehr der langjährigen Arbeitsmarktkrise der Jahre 2001 bis 2005 sind nicht angebracht.

Öffentliche Finanzen wieder im Defizit

Im Jahr 2007 konnten die öffentlichen Haushalte erstmals seit 1989 einen Überschuss ausweisen. In den Jahren 2008 und 2009 wird sich dies voraussichtlich wieder ändern, und es entstehen Defizite in Höhe von 7,0 und 5,1 Milliarden Euro (Tabelle 3). Damit wird der Konsolidierungskurs noch nicht grundsätzlich gefährdet. Allerdings hat die Ausgabendis-

ziplin seit der letzten Prognose vom Herbst 2007 eindeutig nachgelassen, und es besteht die Gefahr, dass sich dieser Trend vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen – besonders der Bundestagswahl 2009 – weiter verfestigt. Sollte sich dies bewahrheiten, könnten die Finanzierungslücken mittelfristig gefährliche Ausmaße annehmen.

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2007	2008	2009
in Milliarden Euro			
Einnahmen	1.064,1	1.081,7	1.107,1
Steuern	574,9	590,0	606,1
Sozialbeiträge	400,8	400,6	410,9
Ausgaben	1.063,8	1.088,7	1.112,2
Soziale Leistungen	597,9	609,8	623,6
Bruttoinvestitionen	36,3	38,1	40,4
Finanzierungssaldo	0,2	-7,0	-5,1
in Prozent des BIP			
Staatsquote	43,9	43,5	43,2
Abgabenquote	39,7	39,1	39,0
Steuerquote	24,2	24,1	24,0
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Der Hauptgrund für das staatliche Defizit im Jahr 2008 ist der fehlende Überschuss der Sozialversicherungen. Diese konnten im Jahr 2007 mit einem Überschuss von 9,1 Milliarden Euro den Fehlbetrag der Gebietskörperschaften mehr als kompensieren. Dies wird 2008 nicht mehr der Fall sein. Denn zum einen sinken die Beitragssätze. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wurde zu Beginn des Jahres 2008 von 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt. Ab Juli 2008 wird dagegen der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 Prozent (ohne den Zuschlag für Kinderlose) steigen, und auch der durchschnittliche Krankenversicherungsbeitrag dürfte minimal zunehmen. Per saldo werden die Beitragssätze aber insgesamt um 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte zurückgehen. Trotz des weiteren Aufbaus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen daher nicht zunehmen und auf dem Niveau des Vorjahres stagnieren. Zum anderen ist eine außerplanmäßige Erhöhung der gesetzlichen Renten vorgesehen, nach der im Juli 2008 eine Anpassung der monatlichen Leistungen um

1,1 Prozent erfolgt. Dadurch schließen die Sozialversicherungen im Jahr 2008 insgesamt mit einem Defizit von 3,3 Milliarden Euro ab.

Allerdings verringert sich das Defizit der Gebietskörperschaften gegenüber dem Vorjahr. Sie profitieren von dem stabilen Wachstum der Steuereinnahmen. Ungeachtet der Krise am Finanzmarkt entwickelt sich die Beschäftigung in Deutschland positiv. In Kombination mit den hohen Lohnabschlüssen aus der aktuellen Tarifrunde führt dies zunächst zu einer deutlichen Zunahme der Lohnsteuereinnahmen. Vor diesem Hintergrund werden auch die nominalen Privaten Konsumausgaben weiter zunehmen, wodurch auch das Mehrwertsteueraufkommen überdurchschnittlich ansteigt. Hinsichtlich des Aufkommens aus den Gewinnsteuern und der Energiesteuer bestehen allerdings Risiken. Bei den Ersteren resultieren sie aus der Finanzmarktkrise. Die in der Finanzbranche getätigten Abschreibungen und mögliche Gewinnrückgänge international tätiger Unternehmen führen zu einem verlangsamten Wachstum von Körperschaft- und Gewerbesteuer. Die Energiesteuer ist als Mengensteuer ausgestaltet. Der Preisanstieg bei den verschiedenen Energieträgern hat in der Vergangenheit zu Einsparungen beim Verbrauch geführt. Dieser Trend dürfte auch im Jahr 2008 anhalten, sodass das Steueraufkommen geringer ausfällt. Hinzu kommt die Unternehmenssteuerreform, die 2008 zu Aufkommenseinbußen von knapp 6,5 Milliarden Euro führt. Insgesamt wächst dadurch das gesamte Steueraufkommen mit 2,6 Prozent langsamer als das nominale BIP, was aber immer noch Mehreinnahmen von gut 13 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr impliziert.

Dies hilft, die im Jahr 2008 entstehenden Mehrausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zu kompensieren. Die nachlassende Ausgabendisziplin führt zu einem Ausgabenwachstum von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zum Vergleich: 2007 betrug das Ausgabenwachstum nur 0,9 Prozent. Hauptgrund für den höheren Anstieg ist der hohe Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Insgesamt werden die Gebietskörperschaften mit einem Defizit von 3,6 Milliarden abschließen. Dies ergibt für den Staatshaushalt insgesamt einen Fehlbetrag von 7 Milliarden Euro oder ein Defizit von 0,3 Prozent des BIP.

Für das Jahr 2009 ist keine grundsätzliche Trendwende in der Finanzpolitik erkennbar. Auf der Einnahmenseite stabilisiert sich das Wachstum der Sozialversicherungsbeiträge, da bisher keine weitere Senkung der Beitragssätze ersichtlich ist. Das Wachstum der Steuereinnahmen fällt gegenüber 2008 etwas höher aus, denn es gibt bisher keine aufkommensmindernden Reformen. Die Risiken bei den Ertragssteuern und der Energiesteuer bleiben aber bestehen. Per saldo werden die Einnahmen um 2,3 Prozent zunehmen.

Die Ausgaben werden gegenüber 2008 um 2,2 Prozent ansteigen, was ungefähr der Rate des Vorjahres entspricht. Zum einen beinhaltet der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auch für 2009 eine Anhebung der Bezüge um 2,8 Prozent. Zum anderen wird bei den Ausgaben eine Anhebung des Kindergeldes um 10 Euro pro Kind unterstellt, was zu Mehrausgaben von knapp 2,5 Milliarden Euro führt.

In der Folge wird das Defizit der Sozialversicherungen um 1,8 Milliarden auf 1,5 Milliarden Euro zurückgehen, das der Gebietskörperschaften bleibt mit 3,5 Milliarden Euro konstant. Insgesamt ergibt sich ein Defizit von 5,1 Milliarden Euro oder 0,2 Prozent des BIP. Diese Werte stellen noch keine Gefahr für die Konsolidierung des Staatshaushaltes dar. Die Wachstumsrate der Ausgaben muss mittelfristig niedriger ausfallen. Ansonsten würden die erzielten Konsolidierungserfolge wieder in Gefahr geraten.

Wirtschaftspolitik konsequent im Rückwärtsgang

Mit Wachstumsraten von 1,7 Prozent in diesem und 1,5 Prozent im nächsten Jahr fällt die deutsche Volkswirtschaft nach nur zwei Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums auf den Potenzialwachstumspfad zurück. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hatte substanziell dazu beigetragen, das Potenzialwachstum von mageren rund 1 Prozent in den Jahren 2002 und 2003 auf 1,7 Prozent im Jahr 2007 anzuheben (Grömling/Plünnecke/Scharnagel, 2007, 48). Aktuell befindet sich die Wirtschaftspolitik allerdings auf einem Kurs, der diese erreichten Fortschritte bedroht, anstatt sie nachhaltig abzusichern. Nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik und der Rentenversicherung hat die Bundesregierung den Rückwärtsgang eingeleitet, sie ist zudem auf dem „besten“ Weg, die mühsam erreichte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wieder zu verspielen.

Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitsmarktreformen, die mit der Agenda 2010 eingeleitet wurden, haben den oben beschriebenen Erfolg möglich gemacht (Hüther, 2008). Das Wachstum im aktuellen Aufschwung ist beschäftigungsintensiver als in früheren Aufschwüngen (SVR, 2007, Tz. 481–498). Durch die überraschend starke Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum Januar 2008 von 4,2 auf 3,3 Prozent hatte die Politik diese positive Entwicklung weiter unterstützt – der Faktor Arbeit wurde von Kosten entlastet und der Abgabenkeil verkleinert. Allerdings gefährdet die gegenwärtige Politik durch andere Maßnahmen diese Erfolge am Arbeitsmarkt. Die ebenfalls rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft getretene Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose erhöht ihren Anspruchslohn und somit tendenziell die Dauer der Arbeitslosigkeit. Zudem wurden dadurch die Frühverrentungsanreize wieder erhöht. Beides mindert die Lebensarbeitszeit und schwächt das Wachstumspotenzial. Eine

zusätzliche Gefährdung der Arbeitsmarkterfolge entsteht auch durch die angestrebte flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen (DIW et al., 2008). Die Regierung sollte unbedingt davon Abstand nehmen, in weiteren Branchen Mindestlöhne einzuführen, sei es über die Aufnahme in das Entsendegesetz oder über den Weg des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes. Eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist – auch vor dem Hintergrund von Humankapitalengpässen – das Gebot der Stunde.

Steuer- und Finanzpolitik: Erstmals seit 1989 konnten die öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der VGR im Jahr 2007 wieder mit einem Überschuss abschließen. Nach der Prognose des IW Köln wird sich dieser Erfolg weder in diesem noch im nächsten Jahr wiederholen, vielmehr rutschen die öffentlichen Haushalte wieder ins Defizit. Besonders der Bund hat seine Konsolidierungsaufgabe in den guten konjunkturellen Zeiten nicht konsequent genug wahrgenommen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat somit weiterhin eine hohe Priorität. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Föderalismuskommission baldmöglichst einen Vorschlag zur dauerhaften Begrenzung der Staatsverschuldung vorlegt, der sowohl den Bund als auch die Bundesländer und Kommunen in Zukunft zu einer strikten Haushaltsdisziplin verpflichtet. Allerdings steht zu befürchten, dass angesichts der erneuten Defizite die Bereitschaft der Politik, enge Schuldenbegrenzungen zu akzeptieren, mehr und mehr schwindet. Gleichwohl sollte die Chance, zu akzeptablen, verbindlichen und klaren Regelungen zu kommen, nicht erneut vertan werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte, will man die Wachstumsgrundlagen stärken, über die Ausgabenseite des Budgets erfolgen. Steuererhöhungen wären hingegen der falsche Weg. Im Gegenteil, eine Reform der Einkommensbesteuerung mit dem Ziel einer spürbaren Entlastung der Bürger gehört auf die wirtschaftspolitische Agenda der nächsten Jahre. Von vielen Seiten wird gefordert, vor allem die mittleren Einkommen zu entlasten, die besonders unter der „kalten“ Steuerprogression zu leiden haben. Dies ist ein sinnvoller Weg. Erreichen lässt sich dies besonders zielgenau mit einer Anhebung des Grundfreibetrages im Tarif, der untere und mittlere Einkommen relativ stark entlastet. Im Zuge einer Einkommensteuerreform sollte auch der Solidaritätszuschlag 20 Jahre nach dem Mauerfall abgeschafft werden.

Handlungsbedarf besteht zudem bei der Erbschaftsteuer. Sieht man davon ab, dass eine Abschaffung der Erbschaftsteuer am sinnvollsten wäre, aber politisch derzeit nicht realisiert werden kann, zielt der vorliegende Gesetzentwurf zwar grundsätzlich in die richtige Richtung. Er bedarf aber der Nachbesserung. Dies betrifft die Behaltefrist, die mit 15 Jahren zu lang bemessen ist, und die Lohnsummenuntergrenze von 70 Prozent für einen Zeitraum von zehn Jahren. Beide Regelungen stehen einem notwendigen betrieblichen Struk-

turwandel entgegen und sind zudem mit einem hohen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen verbunden. Zumindest in diesen beiden Punkten sollten die Grenzen weniger strikt gezogen werden.

Sozialpolitik: Trotz der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum Jahresbeginn 2008 ist ein Anstieg des Gesamtbeitragssatzes der Sozialsysteme über die 40-Prozent-Marke zur Jahresmitte 2008 wohl sicher. Neben der Haushaltskonsolidierung verfehlt die Bundesregierung dann auch ihr zweites strategisches Ziel, das heißt die dauerhafte Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung unter 40 Prozent. Beschlossen ist bereits eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte. In der Gesetzlichen Krankenversicherung droht ein Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes auf 15,0 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008. Insgesamt summieren sich die Sozialbeiträge zur Jahresmitte dann auf 40,15 Prozent, gegenüber 39,8 Prozent zu Jahresbeginn. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist dies im höchsten Maß bedenklich, da ein Anstieg des Beitragssatzes um 1 Prozent mittelfristig bis zu 150.000 Arbeitsplätze kostet (Feil/Zika, 2005, 5) und damit die Wachstumsgrundlagen beschädigt. Ein ordnungspolitischer Sündenfall ist auch die geplante Änderung der Rentenanpassungsformel. Die beabsichtigte Aussetzung des Riesterfaktors für zwei Jahre kostet bis zum Jahr 2013 zunächst gut 12 Milliarden Euro und verzögert die geplante stufenweise Senkung des Beitragssatzes von 19,9 auf 19,1 Prozent ab dem Jahr 2011. Zwar soll nach dem Vorschlag des Bundesarbeitsministers die stärkere Steigerung der Renten in 2008 und 2009 in den Jahren 2012 und 2013 wieder durch verminderte Rentenanstiege kompensiert werden, um die langfristigen Beitragsziele nicht zu gefährden. Jedoch ist zweifelhaft, ob die Politik dazu wirklich die Kraft finden wird. Denn es besteht schon ein Rentenminderungsbedarf im Umfang von 3,1 Prozentpunkten in Westdeutschland und 2,1 Prozentpunkten in Ostdeutschland, der über den Nachholfaktor ab Juli 2011 umgesetzt werden soll. Der Korrekturbedarf würde sich also kumulieren und dafür sorgen, dass wohl über mehrere Jahre die Renten kaum steigen könnten. Es sei denn, die Politik setzt auf einen stärkeren inflationären Prozess und höhere nominelle Lohnsteigerungen, was aber eine unverantwortliche Option wäre. Mit der neuen Rentenanpassungsformel hatte die Politik die Rentenversicherung zukunftssicher gemacht und Verlässlichkeit in das System gebracht. Beides droht nun einer kurzsichtigen Wahltaktik geopfert zu werden.

Insgesamt hat die Wirtschaftspolitik ihre ordnungspolitische Linie verloren. Sie sollte sich wieder auf eine Politik der stetigen Verbesserung der Wachstumstreiber besinnen, sodass mittel- und langfristig der Wohlstand gesichert und gesteigert werden kann.

Literatur

Adrian, Tobias / Shin, Hyun Song, 2008a, Liquidity, Monetary Policy, and Financial Cycles, Current Issues in Economics and Finance, Federal Reserve Bank of New York, Vol. 14, Nr. 1, New York

Adrian, Tobias / Shin, Hyun Song, 2008b, Liquidity and financial contagion, in: Banque de France Financial Stability Report, Nr. 11, S. 1–7

Bach, Hans-Uwe / Gartner, Hermann / Klinger, Sabine / Rothe, Thomas / Spitznagel, Eugen, 2008, Arbeitsmarkt 2008. Der Aufschwung lässt nach, IAB-Kurzbericht, Nr. 3, Nürnberg

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung et al., 2008, Gemeinsamer Aufruf der Präsidenten und Direktoren der Wirtschaftsforschungsinstitute v. 12.03.2008, Beschäftigungschancen statt Mindestlohn!

Feil, Michael / Zika, Gerd, 2005, Mit niedrigen Sozialabgaben aus der Arbeitsmarktkrise?, IAB-Kurzbericht, Nr. 4, Nürnberg

Grömling, Michael / Plünnecke, Axel / Scharnagel, Benjamin, 2007, Was trägt die Politik zum Aufschwung in Deutschland bei?, in: IW-Trends, 34. Jg., Heft 3, S. 43–57

Hüther, Michael, 2008, Woher kommt der Aufschwung?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 4

Koppel, Oliver, 2008, Nicht besetzbare Stellen für beruflich Hochqualifizierte in Deutschland – Ausmaß und Wertschöpfungsverluste, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 1, S. 58–72

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2007, Das Erreichte nicht verspielen, SVR-Gutachten 2007/2008, Wiesbaden

Weichselberger, Annette, 2008, Westdeutsche Industrie: Anhaltende Investitionsbereitschaft, in: ifo Schnelldienst, 61. Jg., Nr. 8/9, S. 25–29

IW Economic Forecast Spring 2008

Germany's economy will lose momentum in 2008 but will not slide into recession. Real GDP will rise by 1.7 percent this year and by 1.4 percent in 2009. The global economic slowdown leads to lower growth of exports and domestic investments. Persistingly high inflation dampens an expansion of consumption. The positive development of the labor market, nevertheless, spurs private consumption. On average the number of unemployed will sink to 3.3 million in 2009 which translates into an unemployment rate of 7.6 percent. Employment will rise to 40.2 million persons, albeit at a slower pace. Due to slackening expenditure restraint the government will yield a financing deficit this and next year.

IW-Prognose

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	1,7	0,7	0,3
Arbeitslosenquoten ¹⁾	8,7	7,8	7,6
Arbeitsvolumen	1,7	0,9	0,4
Produktivität ²⁾	0,8	0,8	1,0
BIP	2,5	1,7	1,4
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	-0,4	1,4	1,0
Konsumausgaben des Staates	2,1	1,9	1,8
Anlageinvestitionen	5,0	2,1	2,3
- Ausrüstungen	8,2	3,8	3,0
- Sonstige Anlagen	6,6	4,0	4,0
- Bauten	2,3	0,5	1,5
Inlandsnachfrage	0,9	1,8	1,6
- Export	7,8	4,2	3,5
- Import	4,8	4,8	4,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,3	2,5	1,9

Stand: April 2008. 1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln